

„Kommunale Finanzreform am Freitag, 4. Juli 03

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile dem Kollegen Klaus-Peter Flosbach, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

Klaus-Peter Flosbach (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bundesminister musste leider weg, um einen wichtigen Termin wahrzunehmen. Das müssen wir verstehen. Er hat uns seine Probleme vorgetragen und über die Prüfungen informiert, die er vornehmen will. Als er nicht mehr weiterwusste, erzählte er von den 16 Jahren, in denen die Union dieses Land geführt hat. Als langjähriger Kommunalpolitiker versichere ich Ihnen: Jedes dieser 16 Jahre war für die Kommunalpolitik und für die Bürger in unserem Lande besser als die letzten fünf Jahre unter dieser Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneter FDP – Lachen bei der SPD – Horst Kubatschka [SPD]: Sie sind ja wirklich ein Witzbold!)

Der Kollege Götz hatte Recht: Der Einfluss von Minister Eichel auf den Bundeskanzler ist offensichtlich so gering, dass der Bundeskanzler gestern nicht mit einem einzigen Wort die **katastrophale Finanzlage der Kommunen** in diesem Land erwähnt hat. Die Kommunen haben finanziell bewegte Jahre hinter sich; der Druck auf die Ausgabeseite ist gerade von Ihrer Bundesregierung immer weiter erhöht worden. Die Erosion der kommunalen Finanzen hat unter dieser Regierung eine Größenordnung erreicht, die nur mit dem krassen Versagen der Bundesregierung in der Finanz- und Wirtschaftspolitik zu begründen ist. Das wird derzeit allen Bürgern klar.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, das Ihnen recht nahe steht, prognostiziert ein Wachstum von 0,1 Prozent. Die Bundesregierung hingegen kalkuliert immer noch mit einem Wachstum von 2 Prozent.

(Bernd Scheelen [SPD]: Für das nächste Jahr!)

Das muss man sich einmal vorstellen! Die Zahl der Insolvenzen steigt ständig an. Unsere Kommunen weisen ein laufendes Defizit in Höhe von mindestens 10 Milliarden Euro auf. Denken Sie in diesem Zusammenhang an die 80er- und 90er-Jahre zurück, als die Haushalte noch ausgeglichen waren! Durch das **Vorziehen der Steuerreform** wird für die Kommunen ein weiteres Loch von 2 Milliarden Euro entstehen. Sie können ihre Bilanzen nur noch durch Schönrechnen gestalten. Die Nachricht über ein weiteres Loch in Höhe von 2 Milliarden Euro hat, so schreibt die „Süddeutsche Zeitung“ in ihrer gestrigen Ausgabe, bei den Kommunen wie eine Bombe eingeschlagen. Denn die Betroffenen wissen, dass ihnen eine Gegenfinanzierung nicht möglich ist. Herr Eichel

hat wieder eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die die Kosten für die Kommunen errechnen soll. Das ist natürlich eine tolle Leistung. Sie wissen doch, dass die Kommunen keine Möglichkeit haben, weitere Kürzungen auf der Ausgabenseite vorzunehmen. Gerade deshalb ist es erstaunlich, was die Kommunen in den letzten Jahren geleistet haben. Sie müssen immer bedenken, dass jede Kürzung im kommunalen Bereich für die Bürger unmittelbar spürbar ist. Ich appelliere deshalb an Sie in den Regierungsfractionen: Vergessen Sie nicht, dass die **Eingliederungshilfe** für die Kommunen ein wichtiges Thema ist. Die hier vorhandenen Probleme können die Kommunen nicht alleine bewältigen. Wir wissen, dass sich die Erfordernisse der Eingliederungshilfe, deren Mittel den Behinderten zugute kommen, in den nächsten Jahren verdoppeln werden. Wir müssen deshalb hier ein eigenes Leistungsgesetz schaffen. Dafür brauchen wir Ihre Unterstützung. Den Kommunen geht es schlecht und Ihnen fällt nichts anderes ein, als die **Gewerbsteuer** zu reanimieren. Diese Steuer hat bewiesen, dass sie wegen der Unstetigkeit und der Konjunkturanfälligkeit der aus ihr resultierenden Einnahmen jegliche kommunale Planung über den Haufen werfen kann. Sie ist des Weiteren sehr bürokratisch, weil sie aufwendig berechnet werden muss: Zuerst müssen der Gewinn und der Gewerbeertrag ermittelt werden. Dann muss eine Gewerbesteuererklärung abgegeben werden. Danach erfolgt die Prüfung des Gewerbesteuerbescheids. Dann geht es von den Finanzämtern zu den Steuerämtern der Städte. Die Gemeinden ziehen schließlich die entsprechenden Beträge ein – und dann wird die Zahlung wieder auf die Einkommensteuer angerechnet. Der Kanzler hat gestern von Bürokratieabbau gesprochen. Nichtsdestotrotz machen Sie heute den Vorschlag, 750 000 bzw. 800 000 Freiberufler in die Gewerbesteuer einzubeziehen. Wir werden ja sehen, was passieren wird, wenn die ersten Einsprüche kommen, und zwar unabhängig davon, ob die Einbeziehung der freien Berufe in diese Steuer verfassungsgemäß ist oder nicht. Derzeit müssen 750 000 selbstständige **Freiberufler** eine teure und aufwendige Berechnung ihrer beruflichen Einkünfte vornehmen. Anschließend erfolgt die Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer, allerdings nur bis zu einem Hebesatz von 350 Prozent.

(Zurufe von der SPD: 360 Prozent!)

Aus Sicht der Bürger haben wir es mit einer doppelten Belastung zu tun; denn der Hebesatz endet ja nicht unbedingt bei 350 Prozent. In Frankfurt beispielsweise liegt der Hebesatz bei 490 Prozent. Hier wird der einzelne Freiberufler deutlich mehr Steuern zahlen als bisher. So kommt ja – der Deutsche Städtetag hat es heute bekannt gegeben – die zusätzliche Belastung von 2 Milliarden Euro zusammen. Selbst diejenigen, die innerhalb der Freibeträge bleiben, also keinen Gewinn errechnen, müssen natürlich die Ermittlungskosten tragen. Diese beginnen für diese Gruppe der Freiberufler bei 300 Euro und können in die Tausende gehen.

Zusammenfassend stelle ich fest: Das alles ist nichts anderes als eine dramatische Steuererhöhung für die 750 000 selbstständigen Freiberufler in Deutschland. Das sollten Sie von Rot-Grün auch den Menschen sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Anstatt eine unsinnige Steuer abzuschaffen, dehnen sie diese mit dem Gerechtigkeitsargument auf 750 000 weitere Existenzen aus. Das ist der wahre Abbau von Bürokratie, von dem Kanzler Schröder gestern gesprochen hat.

Nun geht Ihre Liebeserklärung an die Gewerbesteuer noch ein Stück weiter. Sie wollen die so genannten **ertragsunabhängigen Teile** wie Zinsen, Leasingraten und Mieten in die Berechnung der Gewerbesteuer einbeziehen. Damit greifen Sie tief in die Substanz der Unternehmen ein. Warum müssen denn viele Unternehmen mieten und Leasingverträge abschließen? Weil sie nicht über das notwendige Eigenkapital verfügen. Nur noch mit dieser Fremdfinanzierung können viele Unternehmen überleben. Sie von Rot-Grün wollen offenbar bei den 40 000 Insolvenzen noch draufsatteln. Es ist kaum zu glauben, wie tief offenbar die mangelnde Kenntnis vom Innenleben deutscher Unternehmen bei Ihnen sitzt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das Scheitern der **Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen** ist ein Armutszeugnis für die Bundesregierung. Lange genug haben Sie diese Kommission versteckt und sich auch hinter ihr versteckt. Ich behaupte, dass die beabsichtigte Ausdehnung der Gewerbesteuer schon vorher zu Ihrem Plan gehört hat. Sie können übrigens auch nicht die kommunalen Spitzenverbände heranziehen. Denn diesen geht es heutzutage ausschließlich um die Frage: Wie kommen wir schnell an Geld?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie wissen genau, dass die kommunalen Spitzenverbände unser Sofortprogramm unterstützen. Das ist auch nicht verwunderlich; denn es verspricht als Einziges sofortige Hilfe. Sie haben sich aber nicht nur hinter der Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen versteckt, sondern haben uns auch alle Detailergebnisse verheimlicht. Sie haben sich nur auf zwei Modelle konzentriert, obwohl zehn verschiedene vorgelegen haben, unter anderem von der FDP und insbesondere von unserem Kollegen Fromme. Sie waren einfach nicht in der Lage, mit Hilfe dieser Modelle Detailergebnisse vorzulegen, was für das Gelingen einer Beratung notwendig ist. Die Krisenanfälligkeit des jetzigen Gewerbesteuersystems hat doch gezeigt, dass die Zeit für eine neue Finanzierung unserer Städte und Gemeinden längst reif ist. Natürlich kann auch ein **Zuschlagsmodell** das Band zwischen der Wirtschaft auf der einen Seite und den Bürgern auf der anderen Seite sein. Sie begründen Ihre Ablehnung aller Zuschlagsmodelle damit, dass die Arbeitnehmer dadurch zu stark belastet werden. Wie Sie wissen, sind die Kommunen mit 15 Prozent an den Einkommenssteuereinnahmen beteiligt. Die Vorschläge – ich halte sie für realistisch – zielen darauf ab, dass diese 15 Prozent herausgelöst werden und dass auf dieser Grundlage ein Zuschlagsrecht für die Gemeinden gebildet wird. Wir müssen selbstverständlich noch darüber diskutieren, ob die Verteilung der Mittel heute noch gerecht ist. Vor allen Dingen müssen wir an die Mischfinanzierung herangehen; denn sie ist ein Übel dieser Zeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte jetzt noch die Gewerbesteuerumlage in den Kommunen ansprechen. Die Kommunen meines Kreises befinden sich in folgender Situation – ich habe mit den jeweiligen Bürgermeistern gesprochen –: Zehn Kommunen befinden sich in der Haushaltssicherung, drei noch nicht. Die Kommunen müssen von ihren Gewerbesteuereinnahmen, sofern sie solche noch haben, einen Betrag von 28 Prozent und demnächst 30 Prozent an Bund und Land abführen. Da sie noch Gewerbesteuereinnahmen haben, bekommen sie vom Land entsprechend geringere Zuweisungen, sodass von den eigentlichen Gewerbesteuereinnahmen überhaupt nur 10 Prozent übrig bleiben. Wir sollten wirklich eine gemeinsame Lösung finden und die gesamte mit der Gewerbesteuer verbundene Bürokratie abschaffen. Das ist der einzig sinnvolle Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. – Wir brauchen ein Konzept, das von der Bevölkerung in Gänze akzeptiert wird. Nutzen wir deshalb diese Situation, um den Kommunen eine neue finanzielle Basis zu geben! Frau Andreae, ich unterstütze Ihr Vorhaben – auch Frau Scheel, die Vorsitzende des Finanzausschusses, hat davon gesprochen –, die Gewerbesteuerumlage zu senken. Unterstützen aber auch Sie unseren Vorschlag, kurzfristig den Umsatzsteueranteil von 2,2 Prozent auf 3 Prozent anzuheben! Das hilft den Gemeinden – sofort und wirksam.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)